

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1890

2.3.1890 (No. 60)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 2. März.

№ 60.

Expedition: Karl-Friedrichs-Str. Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. 1890.
Einschlagsgebühr: die gepaltene Zeitungs- oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

Ämtlicher Theil.

Durch Verfügung des Königl. Kriegs-Ministeriums vom 25. Februar d. Js. ist der Kasernen-Inspektor Schulze von Berlin zum 1. April d. Js. nach Konstanz versetzt und mit Wahrnehmung der Kontrollführerstelle bei der Garnisonverwaltung daselbst beauftragt.

Nichtämlicher Theil.

Karlsruhe, den 1. März.

Die am gestrigen Tage vorgenommenen Stichwahlen zeigen ein sehr ungleiches Gesicht. Besonders erfreulich ist der Sieg der Ordnungsparteien im Wahlkreise Leipzig-Stadt, wo der Nationalliberale Götz mit 17 645 Stimmen gegen Bebel, der 14 601 Stimmen erhielt gewählt wurde. Auch in Darmstadt erhielt der national-liberale Kandidat Mann eine Mehrheit von etwa 3 000 Stimmen über den sozialistischen Mitbewerber Müller. Mit Befriedigung darf man ferner auf die Wahlergebnisse in Kassel und Stuttgart blicken; dort wurde der konservative Weyrauch gegen den Sozialisten Pfannkuch mit ungefähr 2 000 Stimmen Mehrheit, in Stuttgart der Nationalliberale Siegle (16 247 Stimmen) gegen den Sozialisten Klotz (13 459 Stimmen) gewählt. Dagegen fielen München 1. (Birk mit etwa 1200 Stimmen gegen Sedlmayr gewählt), Frankfurt am Main (Schmidt 18 085, Dr. Oswalt 10 565 Stimmen), Lübeck (Schwarz gegen Bremer), Offenbach (Ulrich gewählt), und Mannheim der Sozialdemokratie anheim. Da die Sozialdemokratie indessen diese Siege nicht aus eigener Kraft erfochten hat, so darf die zuversichtliche Hoffnung gehegt werden, daß es bei künftigen Wahlen gelingen wird, die genannten Städte für die Sache der Gesetzmäßigkeit und der Ordnung zurück zu erobern. Nach weiteren Berichten über den Ausfall der gestrigen Wahlen haben Birna in Sachsen (Grumbt, nicht Eysoldt, wie die ersten Meldungen lauteten), Plauen (Hartmann) und Reichenbach konservativ, Homburg (Funt), Gießen (Guttlesch) und Friedberg freisinnig gewählt. Was die gestrigen Wahlen in Württemberg, mit Ausnahme der Landeshauptstadt betrifft, so sind dieselben zu Gunsten der von allen Gegnern des Kartells unterstützten demokratischen Kandidaten ausgefallen, in Eßlingen behauptete sich jedoch der Nationalliberale Weiß. Im Allgemeinen hat das Ergebnis der gestrigen Wahlen wohl den angestellten Wahrscheinlichkeitsberechnungen entsprochen.

Deutschland.

Berlin, 28. Febr. Während der heutigen Morgenstunden erlebte Seine Majestät der Kaiser zunächst Regierungsangelegenheiten und nahm Vorträge entgegen. Um halb 10 Uhr begab Allerhöchstselbe sich sodann wiederum nach dem Reichsamt des Innern, um daselbst einer längeren Sitzung der Staatsraths zu präsidieren.

Wie aus Paris gemeldet wird, dürften der Deputirte Durbeau, der Generalberichterstatter über das Budget für 1889, und der Posthalter Herbet die Vertreter Frankreichs bei der Berliner Konferenz sein. Als der dritte Delegirte wird der Deputirte Charmes, ehemaliger Direktor der politischen Angelegenheiten im Auswärtigen Amte, bezeichnet.

Der „Reichsanzeiger“ theilt mit, daß der Kaiser dem Reichskommissar für Ostafrika, Major Wismann, die Erlaubniß zur Anlegung der vom Sultan ihm verliehenen zweiten Stufe erster Klasse des Ordens „Der strahlende Stern“ ertheilt hat.

Bei der Wahl des Oberbürgermeisters wurden 99 Stimmzettel abgegeben, von denen 7 ungültig, weil unbeschrieben, waren. Der jetzige Oberbürgermeister v. Forckenbeck erhielt 85 Stimmen und ist demnach auf zwölf Jahre mit einem jährlichen Gehalt von 30 000 M. wiedergewählt, seine Bestätigung vorausgesetzt.

Stuttgart, 28. Febr. Die württembergische Verkehrsanstaltenleitung hat eine Aenderung in der Benützung des Telephons in der Richtung eingeführt, daß zwischen verschiedenen Orten, an denen öffentliche Telephonstellen eingerichtet sind, einzelne Personen sich zu Unterredungen auf bestimmte Zeit bestellen können. Die Bestellung wird durch die Voten der Telegraphenämter besorgt. Die Gebühr beträgt eine Mark; dieselbe muß von dem Besteller entrichtet werden, auch wenn die Unterredung nicht zu Stande kommt. Die Einrichtung ist eine verlockende. Die Handels- und Gewerbekammer von Ravensburg hat eine Eingabe an das württembergische Verkehrsministerium wegen Ermäßigung der Personensfahrten auf dem Bodensee eingereicht. Die Frage der verschiedenen Parteierstützungen bei den Stichwah-

len hat in der laufenden Woche noch zu lebhaften Erörterungen in der inländischen Presse geführt. Wir haben heute 8 Stichwahlen, morgen die neunten. In Stuttgart, wo die deutsche Partei gegen die Sozialdemokraten steht, hat die Parteileitung der Volkspartei Unterstützung der letzteren beschloffen, was nicht zu verwundern ist, da die Volkspartei ihrerseits im 2. (Cannstatt), 3. (Heilbronn), 5. (Eßlingen) und 14. Wahlkreis der deutschen Partei gegenüber wesentlich auf die Unterstützung der Sozialdemokratie angewiesen ist, die denn auch nicht ausbleiben dürfte. Inwieweit die demokratisch gesinnte Bürgerschaft Stuttgarts dem volksparteilichen Komitee Gehorsam leisten wird, muß abgewartet werden.

§§ Straßburg, 28. Febr. Der Landesausschuß hat seine Thätigkeit nach den Wahlferien wieder aufgenommen und erledigt ohne besonders erregende Debatten seine Geschäfte. Sogar der Etat der Tabakmanufaktur, der vor Jahren meist zu langen und überaus lebhaften Erörterungen Anlaß gab, führte diesmal zu keiner Diskussion. In der gestrigen Sitzung kamen einige Wünsche bezüglich der Branntweinsteuer zum Ausdruck. Ein Theil der Interessenten wünscht Freigebung des Hausstrunkes, ein anderer Beseitigung der gesamten Materialsteuer für die Kleinbrenner nicht mehrlicher Stoffe; die Ausfälle müßten natürlich von der Landeskasse getragen werden, und dieselben würden sich im ersten Falle auf 300 000 Mark, im zweiten gar auf 870 000 M. beziffern; schon aus finanziellen Gründen werden diese Wünsche deßhalb schwerlich erfüllt werden, zumal man bezüglich der Befreiung des Hausstrunkes im Elsaß keineswegs an allen Stellen von der Zweckmäßigkeit eines solchen Vorgehens überzeugt ist. Auch in dem neuesten französischen Budgetentwurf ist die Befreiung des Hausstrunkes wieder einmal beseitigt. Die geforderte neue Oberförsterstelle für die großen und mit Berechtigungen belasteten Staatswaldungen im Revier von Dagsburg und Engenthal ist vom Landesausschuß abgelehnt worden, doch ist die Nothwendigkeit dieser Stelle so unzweifelhaft, daß die Forderung jedenfalls im nächsten Jahre wiederkehren wird. Auch bezüglich der Waldeisenbahnen, welche für die Erträge unserer Forsten so überaus wichtig sind, scheint in nicht beteiligten Kreisen noch kein volles Verständnis zu herrschen; wer sich einmal die Mühe genommen die Anlagen und ihr zweckmäßiges Funktionieren zu besichtigen, wird schwerlich zu den Gegnern einer weiteren Ausdehnung der Waldeisenbahnen gehören.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 28. Febr. Im Ausschusse des Abgeordnetenhauses für das Anarchistengesetz erklärte der Ministerpräsident Graf Taaffe, die Regierung behalte sich angesichts des ruhigeren Charakters der sozialdemokratischen Bewegung die theilweise Aufhebung der Ausnahmeverfügungen vor, unter der Voraussetzung, daß das Anarchistengesetz zu Stande komme. Eine gänzliche Aufhebung der Ausnahmeverfügungen sei aber zur Zeit unmöglich, da die fortwährende sozialistische Bewegung immerhin die Gefahr einer Ausbreitung in anarchistischer Richtung befürchten lasse. Im österreichischen Okkupationsgebiete macht sich die Wirkung einer panslawistischen Agitation bemerklich. Es gelang den Agitatoren dort eine Auswanderungsbewegung hervorzurufen, der zufolge im Frühjahr 700 arme Familien nach Serbien auswandern dürften. Die bosnische Regierung wird sich zur Verhinderung der Auswanderung auf den Erlaß einer Warnung beschränken. Serbien dürfte des Waffenzugs bedrohter Stammverwandten aus Montenegro und dem Okkupationsgebiete bald überdrüssig werden, da seine innere Sicherheit durch diesen Zug gefährdet werden muß. Nach einer Meldung aus Pest hat die liberale Partei in ihrer heutigen Fraktionsberatung beschlossen, den von der Regierung im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrag, dem Grafen Julius Andraffy auf Staatskosten ein Denkmal zu errichten, anzunehmen. Die oppositionelle „Unabhängigkeitspartei“ beschloß dagegen, den Antrag abzulehnen. Auch dieser Beschluß charakterisirt die Parteigenossen des Herrn Franzy.

Zu den tumultuarischen Vorgängen in ungarischen Abgeordnetenhaus schreibt das Wiener „Tendenzblatt“: „Daß die Verantwortung für die Vorgänge dieser Art ausschließlich auf die Opposition und die von ihr gewählte Taktik fällt, bedarf keines weiteren Beweises. Der Zweck der Aktion war allerdings der Sturz des Herrn v. Tisza. Mit einigen seiner Minister würde die Opposition sich vordereinander bekümmern. Bisher ist es jedoch noch nicht gelungen, den Ministerpräsidenten zu treffen, wohl aber blutet der Parlamentarismus jenseits der Leitha, und der gute Ruf Ungarns erhält täglich neue schmerzliche Streiche. Es scheint indessen die Opposition gerade durch die Festigkeit ihres Ansturms und die Wohlthätigkeit in den Mitteln nur den eigenen Zwecken entgegenzuarbeiten. Selbst wenn — wie es oft verlautete — Herr v. Tisza auch bereit wäre, seine Person nicht mehr den alltäglich wiederkehrenden

Insulten auszuliefern, so ist es fraglich, ob eine Regierung nach solchen Vorgängen zurücktreten kann, ohne das Gefühl der Autorität und der Ordnung auf das Bedenklichste zu erschüttern. Und wäre es nicht für Ungarn selbst beschämend, wenn ein Wechsel in den Geschäften sein Land seinen Ursprung aus Vorfällen ableiten müßte, welche dem Lande nicht zur Ehre gereichen können. Tiefer könnte wohl das parlamentarische System auf der schiefen Ebene nicht mehr hinabgleiten, als wenn die totale Zuchtlosigkeit dem Lande ihren Willen aufdrücken und das parlamentarische Chaos dadurch auch für die Zukunft zu einer bedeutungsvollen Institution des Landes würde. So schwer auch die Aufgabe fallen sollte, inniger als bisher müssen die ordnungsliebenden und liberalen Elemente des Reichstages zusammenhalten, um gegen den Einbruch von Doktrinen einen Wall zu bilden, welche alle stolzen Errungenschaften des modernen Ungarn den größten Gefahren aussetzen können. Nicht einen Sieg über Tisza allein würde ein Erfolg der terroristischen Minorität nach Zwischenfällen dieser Art bedeuten, so sehr auch die Opposition sich den Anschein gibt, als würde sie den Kampf ansatzlos gegen die Person des Ministerpräsidenten führen. Es würde dies das glückliche Gelingen eines parlamentarischen Pronunciamientos bedeuten, das nur gar zu sehr zu Wiederholungen reizen könnte. Der sichere Gang des Parlamentarismus wäre gefährdet und das konstitutionelle System auf einen Boden gestellt, in welchem die Voraussetzungen für neue Eruptionen im reichsten Maße vorhanden wären. Selbst die Person eines Staatsmannes von der bedeutenden und überragenden Stellung eines Tisza tritt in den Hintergrund vor dem prinzipiellen Charakter, den ein Triumph des parlamentarischen Tumultsystems über die Majorität und den Chef des ungarischen Kabinetts in diesem Augenblicke annehmen, und der mit seinem ganzen ominösen Einfluß auf die weitere politische Entwicklung Ungarns einwirken müßte.“

Frankreich.

Paris, 28. Febr. Der Senat hat heute den von Marcel Barthe eingebrachten Gesetzentwurf über gewisse Verschärfungen der Pressegesetzgebung mit 176 gegen 95 Stimmen angenommen, nachdem zuvor alle Gegenanträge abgelehnt worden waren. Es wird nun darauf ankommen, wie die Deputirtenkammer sich zu dem Gesetzentwurf stellt. Daß auch in der Deputirtenkammer die Nothwendigkeit empfunden wird, dem das Publikum demoralisirenden wüsten Treiben gewisser Blätter zu steuern, ist gewiß; aber zu einer Einigung wird die Kammer doch nicht so leicht wie der Senat gelangen. Die in der Deputirtenkammer eingebrachten Interpellationen wegen der Theilnahme Frankreichs an der Berliner Konferenz (die eine Interpellation ist von dem Boulangisten Laur, die andere von dem Radikalen Hubbard gestellt) werden erst am nächsten Donnerstag, nicht schon am Dienstag zur Berathung kommen. Der Minister des Auswärtigen will nämlich seine Antwort auf die amtliche Einladung Deutschlands zur Konferenz verlesen, diese Antwort wird aber erst am Dienstag dem deutschen Reichskanzleramte übergeben werden und es geht natürlich nicht an, ein diplomatisches Schriftstück zu veröffentlichen, ehe es der Regierung, für die es bestimmt ist, zugegangen ist. In boulangistischen Blättern liest man schon Einiges über die Begründung, welche der Abgeordnete Laur seiner Interpellation geben will. So findet Herr Laur es seltsam, daß die französische Regierung die Einladung nach Berlin angenommen habe, obgleich Deutschland die Pariser Ausstellung nicht besichtigt habe und obgleich Rußland von Deutschland nicht eingeladen worden sei. Als ob zwischen der Pariser Ausstellung und der Berliner Konferenz überhaupt ein Vergleich möglich wäre. Was den Umstand betrifft, daß an Rußland bis jetzt eine Anfrage in Bezug auf die Berliner Konferenz nicht gerichtet worden ist, so liegt es doch bei den guten Beziehungen zwischen beiden Kaiserreichen auf der Hand, daß dafür keine politischen Gründe, sondern nur Gründe, die in der Besonderheit der russischen Industrieverhältnisse wurzeln, maßgebend gewesen sein können. Wenn die Boulangisten also aus Ruffenfreundlichkeit gegen die Theilnahme Frankreichs an der Konferenz protestiren, so ist das sehr lächerlich. Morgen tritt die militärische Kommission zusammen, welche die Angelegenheit des Divisionsgenerals Hubert-Caster unteruchen soll. Die Zusammenfassung der Kommission ist schon mitgetheilt worden. Es sind in der letzteren alle Waffengattungen, welche General Hubert-Caster durchmachte, vertreten. Die beiden Brigadegenerale, welche der Vorschrift gemäß der Kommission angehören, stehen in der Rangliste mit den Nummern 11 und 12 vor dem General Hubert-Caster, welcher die Nummer 13 hatte. Der Herzog von Orleans findet in der Strafanstalt von Clairvaux eine sehr zuvorkommende Behandlung. Er bewohnt vorläufig ein großes Zimmer außerhalb des eigentlichen Gefängnisses und kann in dem weiten Parke Spaziergänge unternehmen. Bis auf weiteres darf der Gefangene den Besuch seiner Angehörigen täglich, seiner intimen Freunde zweimal wöchentlich und den der übrigen Personen, die einer besondern Ermächtigung bedürfen, einmal wöchent-

lich empfangen. Wie man sich erinnert, hatte die boulangistische „Presse“ schon früher Kenntniss davon erhalten, daß Clairvaux zum Aufenthaltsorte des Herzogs bestimmt sei; das genannte Blatt veröffentlichte am 12. Februar eine geheime Anweisung des Justizministers an den Gefängnisdirektor in Clairvaux, wonach derselbe ein Zimmer für einen politischen Gefangenen bereit halten solle. Heute fand in den Redaktionsbüreau der „Presse“ auf Veranlassung des Untersuchungsrichters eine Hausdurchsuchung statt, um zu ermitteln, auf welche Weise die Redaktion in den Besitz jenes Aktenstückes gekommen sei. Die Untersuchung hatte aber, wie gewöhnlich, keinen Erfolg. — Verschiedene Blätter melden, in Nizza sei ein angeblich höherer italienischer Offizier, der sich della Croce nennt, unter dem Verdacht der Spionage verhaftet worden. Bis jetzt haben die Franzosen aber bekanntlich mit dem Fang angeblicher deutscher oder italienischer Spione kein Glück gehabt und auch diese neueste Spionengeschichte wird vermuthlich eine harmlose Aufklärung finden.

Spanien.

Madrid, 28. Febr. Die Königin-Regentin unterzeichnete einen Gnadenlaß zu Gunsten des Herzogs von Sevilla. (Der Herzog von Sevilla hatte sich vor einigen Jahren als Offizier der Schloßwache eines respektwidrigen Benehmens gegen die Königin schuldig gemacht.) Der König ist von seinem Erklärungsstande wieder hergestellt.

Portugal.

Lissabon, 28. Febr. Ein heutiges Dekret setzt den Eingangszoll für Weizen auf 16 Reis per Kilogramm herab.

Großbritannien.

London, 28. Febr. Im Unterhause fragte der Deputierte Graham heute an, ob es richtig sei, daß die englischen Delegirten zu der Berliner Arbeiterverschutzkonferenz angewiesen worden seien, über die internationale Beschränkung der Arbeitszeit der erwachsenen Arbeiter nicht zu diskutieren, während andere Vertreter des Auslandes dazu ermächtigt worden seien. Der Unterstaatssekretär Ferguson erklärte, ein Abkommen, wie es Graham vermuthete, gebe es nicht. Der Inhalt der Antwort Englands auf den vorläufigen Vorschlag Deutschlands sei bereits mitgetheilt. Nunmehr sei auch das detaillierte Programm der deutschen Regierung eingelaufen. Sobald dasselbe erwogen sei, werde der gesammte Schriftwechsel vorgelegt werden. Bei der Berathung des Ausgabebudgets beantragte Labouchère die Herabsetzung der darin enthaltenen Kredite, um behufs eines Tadelsvotums eine Aktion gegen diejenigen Behörden einzuleiten, welche angeblich die jüngsten Scandale in der Westendstreet dadurch begünstigten, daß sie die Schulden zur Flucht verhalfen. Der Redner klagte Lord Salisbury der Mitschuld an dem Komplott zur Vereitelung der Justiz an. Der Generalanwalt Webster widersetzte die von Labouchère vorgebrachten Anschuldigungen. Labouchère erklärte, er schenke Salisbury keinen Glauben. Der Präsident verlangte die Widerrufung dieser Aussage, Labouchère verweigerte diese und wurde deshalb mit 177 gegen 96 Stimmen von der Sitzung ausgeschlossen. — Zur Berathung über den Bericht der Barnell-Kommission liegen dem Unterhause jetzt vier Anträge vor; nämlich außer den schon mitgetheilten des Ministers Smith, Gladstone's und des konservativen Lewis noch folgender von dem liberalen Abgeordneten Cobb angemeldete Antrag: „Dieses Haus beklagt es, daß zur Zeit der angeblichen verrätherischen und verbrecherischen Verschwörungen, von denen in dem Bericht die Rede ist, viele Mitglieder des Hauses und insbesondere der Premierminister und der Obersekretär für Irland in engem Bündniß und Verträge mit jenen Mitgliedern des Hauses, welche angeblich Teilnehmer an einer solchen Verschwörung waren, standen, obgleich sie alle Umstände, welche der Kommission unterbreitet wurden, vollkommen und amtlich kannten, und nach der Meinung des Hauses verdienen der Premierminister und die übrigen Mitglieder der Regierung strengen Tadel.“ (Dieser Antrag, dessen Ankündigung im Hause große Heiterkeit erregte, hat auf die Thatfache Bezug, daß das konservative Kabinett während der Parlamentswahlen im Jahre 1885 sich der Unterstützung der Parnellites bediente.)

Rußland.

St. Petersburg, 28. Febr. Ueber die Erkrankung des deutschen Militärbevollmächtigten, Obersten v. Billahme, erfährt man, daß Herr v. Billahme vorgestern, während er Turnübungen mit Hanteln vornahm, plötzlich starke innere Schmerzen empfand. Die Aerzte sollen eine Darmverengung konstatiert haben.

Vor einigen Tagen gaben wir eine Depesche des Wolffschen Telegraphenbureau's aus Petersburg wieder, welche mittheilte, daß nach dem militärischen Fachblatte „Russki Invalid“ eine Vermehrung der Kosakenheere von Kuban, Terek und Ural beschlossen sei. Aus dem russischen Blatte ist folgendes Nähere zu erfahren: Das Kuban-Kosakenheer bestand bisher im Frieden aus der Kuban-Gardekadron, der Kuban-Kosakendivision und 11 Reiterregimentern erster Kategorie. Im Kriege traten hinzu je zehn Regimentern zweiter und dritter Kategorie. Nach der neuen Organisation wird der Kriegszustand des Kubanischen Kosakenheeres um zwei Ersatzregimentern zu vier Sotnien vermehrt, was wohl so viel bedeuten dürfte, daß nun auch die Tereke zweiter und dritter Kategorie aus elf, anstatt wie früher aus zehn Regimentern oder acht Sotnien ist eine Konsequenz der mit 6. April 1889 verfaßten Errichtung eines ersten Regiments erster Kategorie. Das Terek-Kosakenheer zählte bis zum 6. April v. J. außer der Terek-Gardekadron vier Reiterregimentern erster Kategorie und je vier Regimentern zweiter und dritter Kategorie. An jenem Tage wurde aber die Errichtung eines fünften Regiments erster Kategorie, des Tschernomorschen Regiments und gleichzeitig die

Vermehrung der Anzahl der Sotnien von vier auf sechs per Regiment verfaßt. Dem jetzt veröffentlichten Ural zufolge wird nun für den Kriegszustand bei jedem Regiment zweiter und dritter Kategorie die Aufstellung von einer Sotnie, also zusammen von acht Sotnien angeordnet. Die Ersatzregimentern werden somit statt aus vier in Zukunft aus fünf Sotnien bestehen. Das Ural-Kosakenheer endlich, das in der ersten Kategorie die Leibgarde-Ural-Kosakendivision und drei Reiterregimentern zählt, hatte früher im Kriege dreißig Sotnien aufzustellen, aus denen drei Regimentern zweiter und zwei Regimentern dritter Kategorie gebildet wurden. In Zukunft sollen nun 3. Sotnien errichtet werden. Die Vermehrung beträgt somit hier nur zwei Sotnien. Im Ganzen sollen die drei Kosakenheere vom Kuban, Terek und Ural um 18 Sotnien oder Eskadronen oder 2700 Reiter vergrößert werden. Das Donische Kosakenheer war erst vor zwei Monaten um je zwei Regimentern jeder Kategorie, also im Ganzen um sechs Regimentern vermehrt worden.

Rumänien.

Bukarest, 28. Febr. Die Tagung der Kammern wurde bis zum 27. März verlängert. Die Zweite Kammer nahm heute mit 68 gegen 34 Stimmen einen Antrag an, wonach die Deputirten zwischen besoldeten Aemtern und dem Deputirtenmandat wählen müssen. Die Kammer begann darauf die Berathung über die Einführung der Goldwährung. Der Finanzminister Ghermane hielt eine sehr beifällig aufgenommene Rede.

Bulgarien.

Sofia, 28. Febr. Der „Agence Balcanique“ zufolge theilte die bulgarische Regierung dem deutschen General-Konsul von Wangenheim mit, daß die bulgarische Bank angewiesen worden sei, die rückständigen Kosten der russischen Okkupation bis einschließlich 1. Januar 1890 unverzüglich auszubahlen. Bezüglich der Kosten für die Lieferungen von Waffen und Munition erbat die bulgarische Regierung vorerst die bezüglichen Rechnungen.

Amerika.

Washington, 27. Febr. Es wurde schon mitgetheilt, daß das Repräsentantenhaus über die sog. Worlds Fair Bills abgestimmt und im achten Wahlgang Chicago als die Stadt gewählt hat, in welcher die Internationale Ausstellung abgehalten werden soll. Chicago erhielt 157 Stimmen, New-York 107, St. Louis 25 und Washington 18. Chicago hat 5000000 Dollars durch freiwillige Zeichnungen aufgebracht und will eine Anleihe in dem gleichen Betrage aufnehmen. Viele Kongreßmitglieder stimmten für Chicago, obgleich sie eigentlich überhaupt gegen eine Ausstellung waren, und werden dagegen stimmen, sobald die Bill wieder vor das Haus gelangt. Trotz allen Jubels ist es daher noch durchaus nicht sicher, daß Chicago's Wunsch in Erfüllung geht. Die Abgeordneten von Texas und Kansas sind starke Gegner der Ausstellung. Eines der ältesten Mitglieder des letzteren Staates prophezeit, daß es nicht zu einer Weltausstellung kommen wird. Ein republikanischer Senator erklärte, daß die Bill vom Senat vielleicht genehmigt wird durch den überwiegenden Einfluß der westlichen Senatoren, daß die Genehmigung aber durchaus nicht sicher ist. Die Weltausstellungs-Bill bewilligt in ihrer jetzigen Fassung 100000 Dollars für Zollgebühren auf ausländische Ausstellungsgegenstände und 1500000 Dollars für Vertretung des Bundes auf der Ausstellung und die zu dem Zwecke zu errichtenden Gebäude. Da die Stadt New-York sich erbot, die gesammten Ausgaben für die Beteiligung des Bundes zu tragen, so will man beantragen, daß Chicago sich auch dazu verpflichten soll. Es soll auch ein Zusatz zu der Bill die Bundesregierung für leinerliche wegen der Ausstellung eingegangene Anleihen und Schulden verantwortlich machen. Man sieht, daß die amerikanischen Politiker vorsichtige Leute sind.

Zeitungsstimmen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Wenn man die Auslassungen namentlich der freisinnigen Blätter über das Wahlergebnis auf ihren Inhalt prüft, so wird man die stets wiederkehrende Behauptung finden, das Kartell sei schmätzt, und hierüber müsse jeder Volkstreu von Herzen froh sein. Abgesehen davon, daß bisher das Wahlergebnis insolge der zahlreichen Stichwahlen noch gar nicht zu übersehen ist, vermissen die freisinnigen Triumpatoren gänzlich, worin eigentlich das Wesen des Kartells besteht. Nur weil sie dasselbe niemals richtig aufgefaßt haben, können sie heute den Untergang desselben behaupten. Das Kartell bedeutet den Zusammenschluß aller derjenigen politischen Elemente, welche die heutige gesellschaftliche Ordnung aufrecht erhalten wollen, und insolge dessen die revolutionären Tendenzen der Sozialdemokratie bekämpfen müssen. Es gehören deshalb zum Kartell viel mehr Politiker und Wähler, als in dessen Listen geführt werden, denn die große Mehrzahl des deutschen Volkes, darüber kann doch auch gegenüber dem ziffermäßigen Anwachsen der Sozialdemokratie kein Zweifel herrschen, will die bestehende Ordnung der Dinge im Reiche aufrecht erhalten. Wenn diejenigen Parteien, welche das fraktionsmäßig zusammengeschlossene Kartell im Reichstage gebildet haben, an Mandaten Einbuße erleiden sollten, so spricht das in keiner Weise gegen den natürlichen und notwendigen Gedanken, welcher im Kartell seine bisher durchaus nicht vollkommene Verköperung gefunden hat. Es war vielleicht ein Fehler, daß man den staatsrechtlichen Gedanken, welcher das Volk beherzigt, in die fraktionensmäßiger Abmachungen schmiedete, daß man ihn staatsrechtlichen wollte. Ein derartiges Beginnen ist dem Charakter des deutschen Volkes nicht immer sympathisch, und zumal in diesem Falle, wo thatsächlich weite Kreise, die eigentlich in diesen Rahmen gehörten, in denselben nicht aufgenommen werden konnten. Darum hat aber bei den diesmaligen Reichstagswahlen der Gedanke, es sei notwendig, die staatl. Ordnung aufrecht zu erhalten, doch seinen deutlichen Ausdruck gefunden. Er wäre vielleicht noch deutlicher geworden, wenn den einzelnen Wahlkreisen freigestanden hätte, nach ihrer Ansicht allein zu handeln, Kandidaten aufzustellen, die ihnen genehm waren, ohne Rücksicht auf die Fraktionsinteressen. Nichts wäre verkehrter, wenn man aus der Thatfache, daß die spezifischen Kartellparteien nicht mehr die absolute Mehrheit im Reichstage hätten, den Schluß ziehen wollte, daß damit die natürliche deutsche Politik des inneren Ausbaues des Reiches auf verfassungsmäßiger Grund-

lage irgend eine Aenderung erleiden würde. Dies glaubten auch jene freisinnigen Blätter nicht, welche sich in Jubelstürmen über den Zusammenbruch des Kartells ergaben zu müssen glaubten. Mehr denn je hat sich die Nothwendigkeit gezeigt und wird als solche anerkannt, daß alle diejenigen Parteien, welche unsere staatl. und gesellschaftliche Ordnung erhalten wollen, fest zusammenstehen müssen; so hat denn der zwar im Kartell verführte, aber von großen außerhalb desselben stehenden Massen ebenfalls als richtig anerkannte Gedanke bei den Reichstagswahlen den Sieg davon getragen, und man darf annehmen, daß der Zusammenschluß der staatsrechtlichen Elemente gegen die Umsturzpartei nur Fortschritte machen wird. Nur ein im engsten Fraktionsgeiste Befangener kann von einem Zusammenbruch des Kartells sprechen, da der leitende Gedanke desselben, wie jetzt namentlich bei den Stichwahlen deutlich zu erkennen ist, fast alle bürgerlichen Parteien beherrscht.“

Wir haben bis jetzt von den in der Presse lauffrenden Mittheilungen über eine „Kanzlerkrise“, weil sie uns zu wenig zuverlässig dünken und sich in mehreren Punkten widersprechen, keine Notiz genommen. Da die Diskussion dieser Angelegenheit in den Zeitungen jedoch fortdauert, mag folgende Aeußerung der „Nationalzeitung“ hier angeführt sein: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine Kanzlerkrise vorhanden ist; es ist ebensowenig gewiß, daß sie beendet — nicht bloß durch eine Erklärung des Fürsten Bismarck, daß er vorläufig im Amte bleiben wolle, „vertagt“ — ist. Mit den Wahlen hat auch unseren Informationen aber weder die Krise, noch ihre Beendigung etwas zu schaffen gehabt; es hat sich um ganz konkrete Fragen gehandelt, betreffs deren schließlich Uebereinstimmung zwischen dem Kaiser und dem Kanzler erzielt worden ist. Auf die Stimmung, durch welche dieses Ergebnis erleichtert worden, mag immerhin das Wahlergebnis eingewirkt haben; insofern dürfte der sogenannte „Sieg“ der Deutsch-Freisinnigen das Gegenstück von dem bewirkt haben, was sie hofften. Der Beginn der Krise wurde durch die bekannte Aeußerung des Fürsten Bismarck, daß er sich aus dem preussischen Geschäften zurückzuziehen wünsche, bezeichnet, der Abschluß ist am Dienstag erfolgt.“

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 1. März. 20. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Vicepräsidenten Friderich.

Am Regierungstische: Geheimrath Dr. Koll und die Ministerialräthe Heß und Dörner.

Der Vicepräsident macht dem Hause Mittheilung, daß Präsident Lamey und der Abg. Ströbe wegen Unwohlseins ihr heutiges Ausbleiben entschuldigt, und daß der Abg. Blankenhorn um Urlaub für einige Tage nach-gesucht habe.

Ferner gibt derselbe Kenntniss von einem Schreiben des Präsidiums der Ersten Kammer vom 26. v. M., wonach in der Sitzung jenes hohen Hauses vom 26. v. M. der Gesetzentwurf über die Steuererhebung in den Monaten März und April d. J. Annahme gefunden habe.

Das Sekretariat verliest folgende Eingaben:

1. Bitte der nichtbürgerlichen Einwohner des Dorfes Dürheim um Verleihung des Gemeindevahlrechts;
2. Bitte des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Gypingen um Aenderung des Gesetzes vom 3. Febr. 1868, die Rechtsverhältnisse der Diensthöfen betr.;
3. Gleichlautende Bitte des Landwirthschaftlichen Bezirksvereins Säckingen.

Hierauf wird zu dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung übergegangen: Berathung des Berichtes der Kommission für den Gesetzentwurf die Vorzugs- und Unterpfandsrechte betr.; Bericht-erstatte Abg. Dr. Wildens.

Nach einer Generaldiskussion, die durch den Bericht-erstatte eingeleitet wird und an der sich Geheimrath Dr. Koll und die Abgg. Müller, Kriehle, Kopp und Hoffmann beteiligen, und nachdem bei der Spezialdiskussion zu § 1 der Abg. Stigler das Wort ergriffen, gelangt das Gesetz nach den Anträgen der Kommission bei namentlicher Abstimmung einstimmig zur Annahme. Ueber die Diskussion behalten wir uns weiteren Bericht vor. — Schluß der Sitzung: 11 Uhr.

Karlsruhe, 1. März. 21. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 3. März, Vormittags 11 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Berathung der Berichte der Petitionskommission über die Bitte a. des Badefürstern Huber von Antogast, Unterstützung aus dem Badfond betr., Bericht-erstatte: Abg. Grüninger; b. der Gemeinden Mergingen, Ballenberg u. a., die Entlastung der Gemeinden von dem Schulaufwand betr., Bericht-erstatte: Abg. Weygoldt; c. des Reallehrers Joh. Weibel von Reuzingen, Pension für seinen Schwiegervater Bezirksstierarzt a. D. R. Bertsch betr., Bericht-erstatte: Abg. Strauß; d. der Fischereivereine Neuenburg, Steinstadt u. a., die Abänderung des § 36 des Fischereigesetzes von 1886 betr.; Bericht-erstatte: Abg. Gerber.

Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, den 1. März.

Heute Vormittag ertheilte Seine Königliche Hoheit der Großherzog verschiedene Personen Audienz. Hiernach empfing Höchsterseits, behufs Entgegennahme der Monats-rapporte, den Oberst von der Wälle, Kommandeur des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109, den Oberstleutnant Hagemeier genannt von Niebelschütz, Kommandeur des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 14, und den Major von Liebermann, etatsmäßiger Stabsoffizier im 1. Badischen Leib-Dräger-Regiment Nr. 20 in Vertretung des erkrankten Regimentskommandeurs.

Nachmittags hörte Seine Königliche Hoheit mehrere Vorträge und arbeitete dann mit dem Geheimrath Freiherrn von Ungern-Sternberg und dem Legationssekretär Freiherrn von Babo.

Das Ergebnis der Stichwahlen im X. und XI. Wahlkreise ist nach vorläufiger Ermittlung folgendes:

Amtsbezirk	Wähler	Pflichter
Amtsbezirk Karlsruhe	8102	8010
Amtsgerichtsbezirk Bruchsal (ohne Gemeinde Kronau)	1946	4912
	10048	12922
Amtsbezirk Mannheim	Diffenbach	Dreesbach
	6630	11278
Amtsbezirk Mannheim	Schwetzingen	
	2818	2064
Amtsbezirk Mannheim	Weinheim	
	2647	1210
	12095	14552

(Groß. Baugewerkschule.) Das Wintersemester 1889/90, welches als das XII. Schuljahr am 4. November begonnen hat, wurde mit 311 Schülern eröffnet. Die Aufnahme dieser hohen Schülerzahl konnte nur erfolgen, nachdem der Anhalt noch weitere Räumlichkeiten, und zwar diejenigen der ehemaligen Kunstgewerbeschule im Gebäude der Groß. Landesgewerbehalle, zur Verfügung gestellt werden konnten.

Unter diesen 311 Schülern befinden sich nur 2 Hospitanten, welche nicht vollen Tagesunterricht besuchen. 294 Schüler gehören dem Großherzogthum an, 17 Schüler entfallen auf die übrigen deutschen Staaten, bezw. auf das Ausland, und zwar sind 6 aus der bairischen Rheinpfalz, 3 aus Elsaß, 1 aus Hessen, 1 aus Sachsen, 1 aus Sachsen-Weimar, 3 aus Preußen und je einer aus Ungarn und Amerika.

Ihre Vorbildung haben erhalten: auf Gymnasien bezw. Realgymnasien 39, Realschule 24, Höhere Bürgerschule 23, Seminar 16, Gewerbeschulen 148 und auf Volksschulen 61, welche letztere meist ältere Arbeitstheorie sind, mehrjährige praktische Tätigkeit nachweisen können und dementsprechend dem Programm der Anstalt gemäß Aufnahme finden müssen. Es haben demnach aber vier Fünftel der Schüler vor der Aufnahme in die Baugewerkschule sich bereits weitergehende Bildung angeeignet, unter welchen sich von den Gewerbelehrerandidaten, welche ein Seminar absolvirt haben, abgesehen, 34 Schüler befinden mit dem Berechtigungsdiplome für den einjährig freiwilligen Dienst.

Bemerkenswerth ist, daß das Durchschnittsalter der Schüler gegenüber dem Vorjahre mit 19.35 nunmehr 20.20 Jahre beträgt und daß, wiederum von den Gewerbelehrerandidaten abgesehen, 255 Schüler praktisch gearbeitet haben, und zwar durchschnittlich mit 4.17 Jahren gegenüber 3.70 des vorigen Wintersemesters.

Es muß als besonders günstig für die Förderung und Hebung unserer bau- und maschinenmechanischen Gewerbetätigkeit bezeichnet werden, daß dieses Durchschnittsalter in solchem Grade steigt und daß nach und nach im Lande das Berufswesen selbst bei den älteren Angehörigen des Gewerbestandes durchschlägt, wie wichtig, fördernd, ja sogar nöthig es ist, in allen Geschäftszweigen, selbst bei einfacher Föhrung eine gute theoretische und praktische Grundlage zu erwerben.

Die 294 badischen Landesangehörigen vertheilen sich auf die 11 Kreise bezw. die 52 Amtsbezirke, von welchen letzteren nur Schwetzingen und Oberkirch nicht vertreten sind, folgendermaßen: 1. Kreis Konstantz weiß 24 Schüler auf, und zwar die 1. Amtsbezirke Engen 5, Konstantz 10, Meßkirch 4, Fullendorf 1, Stodach 3, Ueberlingen 1; 2. Kreis Waldshut 15 Schüler, und zwar Bonndorf 1, Säckingen 4, St. Blasien 3, Waldshut 7; 3. Kreis Lörrach 20 Schüler, und zwar Lörrach 7, Müllheim 4, Schönau 4, Schopfheim 6; 4. Kreis Breisgau 11 Schüler, und zwar Donaueschingen 2, Triberg 5, Willingen 4; 5. Kreis Freiburg 34 Schüler, und zwar Breisach 2, Emmendingen 6, Ettenheim 3, Freiburg 11, Neudorf 7, Staufen 2, Waldkirch 4; 6. Kreis Offenburg 16 Schüler, und zwar Rehl 6, Rohr 1, Offenburg 7, Wolfach 2; 7. Kreis Baden 16 Schüler, und zwar Alzeu 5, Baden 1, Mühl 6, Rastatt 4; 8. Kreis Karlsruhe 97 Schüler, und zwar Bretzen 3, Bruchsal 9, Durlach 15, Ettlingen 6, Karlsruhe 67, Forstheim 1; 9. Kreis Heidelberg 22 Schüler, und zwar Eppingen 5, Heidelberg 11, Sinsheim 4, Wiesloch 2; 10. Kreis Mannheim 18 Schüler, und zwar Mannheim 15, Weinheim 3; 11. Kreis Mosbach 21 Schüler, und zwar Adelsheim 4, Buden 4, Eberbach 2, Mosbach 2, Tauberbischofsheim 6, Wertheim 3.

Hieraus geht hervor, daß der männlichen Einwohnerzahl der einzelnen Kreise nach — vom Karlsruhe Kreis, der mit Bezug auf die unliegenden Ortschaften mit 0.72 pro Tausend nahezu doppelt so stark besetzt ist, abgesehen — der Kreis Oberkirch mit 0.44 pro Tausend am stärksten und der Kreis Offenburg mit 0.21 am schwächsten besetzt ist; und ferner geht hervor, daß die 5 Kreise des Oberlandes mit 0.44—0.325 am stärksten und die 6 Kreise des Unterlandes von Offenburg abwärts mit 0.325—0.21 am schwächsten besetzt sind.

Schw. (Mittheilungen aus der Stadtrathsitzung) vom gestrigen Tage. Beim Bürgerausschuß soll die Erlaffung neuer Ortschaften über den Bezirk der Angerger an die projektirte Landgrabenstraße zu den Kosten der Straßen- und Kanalherstellung in Antrag gebracht werden. — Das Groß. Bezirksamt theilt eine Eingabe einer Anzahl Bewohner von Knielingen betreffend den Fußverkehr im Stadtheil Mühlburg, insbesondere die Herstellung der im Stadtplan vorgesehenen Verbindungsstraße zwischen Hardt- und Rheinstraße zur Aufhebung mit. Es wird berichtet, daß die Herstellung fraglicher Straße durch ein öffentliches Bedürfnis nicht geboten ist, daß ihr aber nicht im Wege stehe, wenn die Beteiligten vor Beginn der Arbeiten sämtliche Kosten einschließlich jener der Kanalisation, Gas- und Wasserleitung und der Landgrabenüberbrückung an die Stadtkasse einbezahlen. — Es wird an zwei Schussmänner, welche die Thäter ermittelt haben, die an einer Anzahl Paternen in der Kaiserhalle die Scheiben eingeworfen haben, eine Belohnung aus der Stadtkasse bewilligt. — Bei Groß. Bezirksamt wird beantragt, daß der Transport kläffigen Düngers durch den Stadtheil Mühlburg fernerehin in der Zeit von Morgens 9 Uhr bis Nachts 12 Uhr nur noch in dicht verschlossenen Behältnissen gestattet werden soll. — An Stelle des verstorbenen Richtmeisters für Postgefäße, Riby, wird Herr Jüngeker D. Bretschneider und als dessen Stellvertreter Herr Viednermeister W. Wagner dem Groß. Bezirksamt in Vorschlag gebracht. — Der Veranlassungsentwurf der Stadtgartenkasse für's Jahr 1890, welcher in Einnahme und Ausgabe 46775 M. aufweist, wird beraten und genehmigt. — Die zur Einföhrung der Gasleitung in der Bildastraße erforderlichen Mittel von 1300 M. werden vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses bewilligt. — In der Angartenstraße sollen weitere 4 Paternen zur Aufstellung kommen. — Zwei Gesuche um Aufnahme in den bad. Staatsverband, und zwar, des Feilgehilfen Georg Fischer von Herheim in Bayern und des Kaufmanns Louis Ullmann von

Siedelhofen in Hessen werden dem Groß. Bezirksamt befürwortend vorgelegt.

(Der Lebensbedürfnisverein Karlsruhe) hat für das Jahr 1889 einen Reingewinn von 118497 M. zu verzeichnen und schlägt die Vertheilung einer Dividende von 11 Proz. vor, in gleicher Höhe wie seit 4 Jahren. Die Zahl der Mitglieder beträgt 2028, um 202 mehr als bei Beginn des Jahres 1889; fast die Hälfte der Mitglieder besteht aus Arbeitern, Handwerkern und Bedienten. Das Vermögen des Vereins hat sich im letzten Jahr um 27708 M. vermehrt. Der Verein hat 50000 M. Reservefond, 72642 M. Geschäftsausbeute, ein eigenes Anwesen mit Magazinen und Bäckerei von etwa 100000 M. Werth, Kohlenlagerplatz, Kellerei, Magazins- und Ladenröhrungen von namhaftem Werth ohne alle Belastung. Im Laufe des Jahres ist eine Erhöhung um 154729 M. gegen den Vorjahr zu verzeichnen; er belief sich auf 159145 M. Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 13. März ausgeschrieben.

(Ueber schwedische Heilgymnastik.) Die großen Fortschritte, welche die medizinische Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten gemacht hat, haben neben der medikamentösen Behandlung Errungenschaften in Gestalt weiterer Heilmittel gebracht, die sogenannten physikalischen Kurmethoden, Elektrotherapie, Hydrotherapie, Gymnastik u. Gerade die letztere, besonders als sogenannte schwedische Heilgymnastik, kombiniert mit Massage, hat in den letzten Jahren mehr und mehr Boden gewonnen und eine Reihe wissenschaftlicher Arbeiten, sowie populärer Darstellungen zu Tage gefördert. Man unterscheidet zwei Arten schwedischer Heilgymnastik, die manuelle und die mechanische (maschinelle). Für die letztere wurden von einem schwedischen Arzte, Dr. Zander, in origineller und genialer Weise eine Anzahl von Apparaten konstruirt, mittelst deren Hölfe sämtliche Bewegungen der Heilgymnastik in exakter Weise ausgeföhrt, sowie auch eine Reihe mechanischer Einwirkungen, Packungen, Ballungen, Erhitzungen u. vorgenommen werden können. Diese Zander'sche, drehbare Gymnastik — durch genaue Berücksichtigung des Hebelgesetzes kann der bei der Bewegung zu überwindende Widerstand für jeden einzelnen Fall normirt werden — eignet sich für die wirksame Behandlung verschiedener chronischer Krankheiten, Herzleiden, rheumatischer Affektionen, Unterleibsleiden u., zur Nachbehandlung chirurgischer Krankheiten, sowie auch zur Verhütung und Verbesserung von Haltungsekkeln, Rückenverkrümmungen u., überhaupt für alle Fälle, wo eine Indikation für Gymnastik vorliegt. Sie ist aber auch zweckmäßiger für Gesunde als jede andere Art der Gymnastik, weil wegen der erwähnten Eigenschaften der Apparate dem Alter und der Konstitution, resp. Körperkraft in der vollkommensten Weise dabei Rechnung getragen werden kann. Diese Vortheile der Zander'schen Gymnastik haben denn auch in der kurzen Zeit von fünf Jahren zur Errichtung zahlreicher Zander-, sogenannter medico-mechanischer Institute geföhrt, in Amerika und Europa, in Deutschland speziell in Hamburg, Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Würzburg, Baden-Baden, München, Wiesbaden, Breslau, Mannheim, sowie hier in Karlsruhe. Alle diese Institute stehen unter der Leitung eines Spezialarztes für Heilgymnastik, Dethowide und Massage, welche durchweg zu ihrer speziellen Ausbildung längere Zeit in Stockholm bei Zander thätig waren. Es muß gerade dieser Umstand, die ärztliche Leitung besonders hervorgehoben werden, weil zu einer verlässlichen Heilgymnastischen Kur bei Gesunden sowohl wie bei Kranken eine ärztliche Ueberwachung allein eine gewisse Garantie bietet. Bei letzteren, namentlich bei den wichtigsten noch zu wenig beachteten Rückenverkrümmungen kommen so mannigfache Gesichtspunkte in Betracht, daß diese von einem Arzte in sachverständiger Weise gewürdigt und berücksichtigt werden können.

(Baden, 23. Febr.) Die hiesige Sektion des Schwarzwalddereins hielt gestern Abend ihre ordentliche Generalversammlung ab, in welcher auch über die Abhaltung der Hauptversammlung des Schwarzwalddereins, die am Samstag den 7., Sonntag den 8. und Montag den 9. Juni hier stattfinden wird, Verabreichung beschlossen wurde. Die hiesige Sektion hat nach dem gedruckten Jahresbericht am 1. Januar 1890 einen Mitgliederbestand von 320 gehabt, der sich inzwischen um 11 weitere Mitglieder vermehrt hat. Das Festprogramm für die Hauptversammlung ist vorläufig, wie folgt, festgesetzt: Samstag, den 7. Juni, von 8 Uhr Abends ab: gefellige Unterhaltung mit Musik- und Gesangsvorträgen in den Sälen der Restauration zum „Krobbel“. — Sonntag, den 8. Juni: von Vormittags 8 Uhr an, Empfang der Gäste mit Musik am Bahnhof. Um 11 Uhr gemeinschaftlicher Frühkoppen; Mittags 12 1/2 Uhr Hauptversammlung im großen Rathhause. Nachmittags 2 Uhr Festmahl in Restaurationsaal des Konversationsbaus. Hierauf Spaziergang nach dem alten Schloß. Abends 8 Uhr, Nachfestmahl mit Doppelkonzert auf der Promenade vor dem Konversationshaus, wozu die Mitglieder des Schwarzwalddereins freien Eintritt haben. Von 1/11 Uhr an Festbankett. — Montag, den 9. Juni: Früh 7 Uhr, Abmarsch über den Scherhof nach der Baden Höhe, woselbst um 12 Uhr feierliche Grundsteinlegung zu dem Aussichtsturm. Nachmittags 2 Uhr Festessen auf dem Ober-Plättig; nach demselben: Abzug durch das Grobbachthal nach Baden und das Gertelbachthal nach Bihl. Als Festgabe wird eine Broschüre: „Baden-Baden und seine Umgebung“ an die Festtheilnehmer zur Vertheilung kommen.

(Vom Bodensee, 27. Febr. Landwirtschaftliches. — Witterung) Dem Vermögen nach wird die diesjährige landwirtschaftliche Ausstellung in Straßburg auch von den oberbadischen Zuchtvereinigungen besichtigt werden, und eine Ueberung der zu diesem Zwecke ausgewählten Thiere hat bereits vor wenigen Tagen stattgefunden. Eine Zunahme der Rindviehzucht ist im Kreise nicht zu verkennen und wird insbesondere die Aufzucht des Jungviehes immer mehr gewürdigt. Der Futterbau hat deshalb in den letzten Jahren eine stätliche Vermehrung erfahren. Durch extensiven Körnerbau werden die Felder zu stark ausgenutzt, während bei Futterbau viele Arbeit erspart, überdies bei Viehzucht mehr Dünger erzielt werden kann. Nicht minder weist die Schweinezucht seit Jahresfrist eine gute Rentabilität auf. — Auf dem jüngsten Viehmarkte zu Engen brachten zahlreiche auswärtige Händler ein recht reges Leben in den Handel, namentlich kauften Schweizer größere Ochsen zu hohen Preisen. Letztere galten 350 bis 472 M., Kühe dagegen 350 bis 366 M. pro Stück, während Milchschweine mit 28 bis 36 M. und Käser mit 45 bis 100 M. pro Paar bezahlt wurden. — Bei nordwestlicher Luftströmung hat sich der Schneefall heute wiederholt.

Neueste Telegramme.

(Nach Schluss der Redaktion eingetroffen.) Berlin, 1. März. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Uebereinkunft zwischen Deutschland und Frankreich

bezüglich der Einführung eines übereinstimmenden Zollsystems in den beiderseitigen Gebieten der Elbavertie. Das Uebereinkommen bestimmt, daß ein und dieselben Zölle erhoben werden und die verzollten Waaren von einem Gebiet in das andere dann zollfrei eingeföhrt werden können.

■ Berlin, 1. März. (Privattelegramm.) Aus Hamburg wird hiesigen Blättern berichtet, daß der Dampfer „Soden“, der für den Gouverneur von Kamerun bestimmt ist, heute von dort mit einem Voermanns-Dampfer nach dem Orte seiner Bestimmung abging.

Köln, 1. März. Die „Kölnische Zeitung“ berichtet aus Saarbrücken, daß in den dortigen fiskalischen Bergwerken seit vorgestern Arbeiterausfälle eingeföhrt sind.

München, 1. März. Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Regierungsvertreter, der Oberlehrer verhalte sich, abgesehen von Besserungen im Einzelnen, gegen eine grundsätzliche Reform des Schulwesens ablehnend. Er habe sich gegen die höhere Einheitschule ausgesprochen und die Regierung halte demgemäß an der Pflege der klassischen Bildung ohne Einschränkung der griechischen Sprache fest.

London, 1. März. Das Unterhaus lehnte den Antrag des Radikalen Labouchere, das Ausgabenbudget zu kürzen, um den Tadel über die Haltung Lord Salisbury's und anderer Kabinetmitglieder in Bezug auf die Skandal-affaire in der Westminster zu erkennen zu geben, mit 206 gegen 66 Stimmen ab.

New-York, 1. März. Im Foyer des Repräsentantenhauses entstand zwischen dem Abgeordneten Taulbee und dem Journalisten Kincaid ein Streit, der damit endigte, daß Beide aus Revolvern auf einander feuerten. Taulbee wurde durch einen Schuß in die Stirn lebensgefährlich verwundet.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag, 2. März, 1. Vorstellung außer Ab. Zum erstenmale: „Der König wider Willen“, Oper in 3 Aufzügen. Text von Emile de Najac und Paul Burani. Deutsche Bearbeitung von Friedrich Fremery. Musik von Emmanuel Chabrier. Anfang 6 Uhr. — Vormerkungen zu dieser Vorstellung werden von Montag den 24. an angenommen.

Familiennachrichten.

Karlsruhe. Auszug aus dem Standesbuch-Register. Geburten. 23. Febr. Karl, S. v. Dr. Goldner, Fabrikarbeiter. — 21. Febr. Elisabeth Katharina Eleonora, S. v. Josef Müller, Zahntechniker. — 25. Febr. Beilotta, S. v. Daniel Rast, Schuhmacher. — 26. Febr. Anna Stefania Frieda, S. v. Josef Göttinger, Schlosser. — Moritzilian, S. v. Georg Maria Hubmann. — 27. Febr. Bertha Johanna, S. v. Karl Pöde, Maschinenarbeiter. — 28. Febr. Edwige Marie, S. v. Salentin König, Hofamantier.

Schwetzingen. 1. März. Heinrich von Beyer von Rüppurr, Kaufmann hier, mit Anna Dietrich von hier. — Junocenz Günter von Beierheim. — Alois Weber von Kogelsberg, Bierbrauer hier, mit Sofia Schaub von Detschauer. — Wilhelm Hill von Müllertingen, Schriftföhrer hier, mit Marie Bräule von Durlach. — Ignaz Ritter von Giesheim, Maschinenformher hier, mit Theresia Pfaff von da. Todesfälle. 28. Febr. Rosa, 2 J., S. v. Georg Frey, Bäckermeister. — Emma, 9 J., S. v. Wilhelm Bohner, Wirt. 1. März. Rudolf, 1 M. 26 T., S. v. Max Schäfer, Weichenwärter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorol. Station Karlsruhe.

Barom.	Therm.	Relative Feucht.	Wind.	Nebel.	
27. Nachts 9 U.	752.0 — 2.2	3.4	87	NE	klar
28. Morgs. 7 U.	750.9 — 3.8	3.1	91	N	bedeckt
28. Mittags 2 U.	753.1 — 0.8	2.2	51	NE	wolkig
28. Nachts 9 U.	755.6 — 4.8	2.4	76	NE	klar
1. März, Morgs. 7 U.	754.9 — 11.0	1.8	93	NE	"
1. März, Mittags 2 U.	753.0 — 1.6	2.1	52	E	"

1) Schnee. 2) Regen. 3) Nebel. 4) Wind. 5) Temperatur. 6) Luftdruck.

Ueberblick der Witterung vom 1. März, 8 Uhr Morgens.

Die Luftdruckvertheilung hat sich seit gestern völlig umgekehrt. Der hohe Druck im Nordwesten ist verschwunden und an seine Stelle ist eine flache, aber umfangreiche Depression mit einem Minimum über der westlichen Nordsee erschienen; weitere Depressionen bestehen im Südosten des Erdkreises, sowie jenseits der Alpen. Trotz dieser überaus unregelmäßigen Grundvertheilung war das Wetter in Mitteleuropa am Morgen vielfach temper, nachdem gestern meistens etwas Schner gefallen ist. Die Temperaturen sind infolge kräftiger nächtlicher Ausstrahlung abermals stark zurückgegangen; München meldet — 17°.

Frankfurter telegraphische Kuraberichte vom 1. März 1890.

Staat	Währung	Preis	Staat	Währung	Preis
4 1/2 % Reichsrente	100.10	100.10	4 1/2 % Reichsrente	100.10	100.10
4 % Reichsrente	100.00	100.00	4 % Reichsrente	100.00	100.00
3 1/2 % Reichsrente	99.90	99.90	3 1/2 % Reichsrente	99.90	99.90

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harber in Karlsruhe.

Kunstgewerbliches Magazin von F. Mayer & Co.

Hoflieferanten, Karlsruhe, Rondelplatz. Größtes Lager von Luxus- und Gebrauchsartikeln in Porzellan, Crystal, Bronze, Christofle-Silber, Pendulen, Lampen für Geschenke, Aussteuer, Hotel- und Hauseinrichtungen.

SANATORIUM BADEN-BADEN.

Prospecte und Näheres durch die Direction.

8. 550.

Madopolam
Shirting
Chiffon
Damast
Pique
C. Streit in Ettlingen.
C. Croisé
C. Sammet
C. Futterstoffe
in
1/2 (50 mtr.) und
1/2 (25 mtr.) Stücken.
Maßstab & Preisliste frei.

3.175.21. Bekanntes, größtes Lager
wollener Bettdecken,
Auswahlendungen,
Decken, mit feinen Zeichnungen, billiger.
J. H. Kapferer & Sohn,
Freiburg i. B.



Normal-Schulbänke
in 10 verschiedenen Gattungen,
nach neuesten Anforderungen der Schul-
Hygiene u. Pädagogik. Allen Gemeinden
und Lehranstalten dringend empfohlen!
Billigste Preise. Franco-Lieferung.
Prospecte gratis.

Carl Elsässer, Schulbankfabrik
Schönau bei Heilbronn.

16 Medaillen u. Ehren-Diplome.
Loeflund's
Malz-Extract
diätetisches Husten- und
Catarrh-Mittel
ist in allen Apotheken zu haben,
ebenso Loeflund's
Malz-Extract mit Eisen
Malz-Extract mit Kalk
Leberthran-M.-Extract
Malz-Extract-Husten-
Bonbons.
Gesellschaft für
Fabrikation diätetischer
Produkte Ed. Loeflund & Co.
in Stuttgart.

Griechische Weine.
B. 69.8. Vorzügliche
Tisch-, Süß- u. Kranken-
weine.
1 Kiste mit 12 grossen Flaschen
in 12 Sorten
19 Mark.
J. F. Menzer,
Neckargemünd.
Ritter des Kgl. Griech. Erlösordens.

Bürgerliche Rechtspflege.
Öffentliche Zustellung.
C. 75.2. Nr. 2647. Mannheim.
Der Michael Voigt, zum Schiff zu
Ladenburg, vertreten durch Rechtsan-
walt Dr. Koch hier, klagt gegen die
Anna Kraus Witwe von da, zur St.
an unbekanntem Ort abwesend, wegen
Wohnungsmiete und Kauf, mit dem
Antrag auf Zahlung von 542 Mark
50 Pf. nebst 5% Zinsen seit dem Klage-
stellungstage und für die Zeit vom
24. Dezember 1889 bis zum Tage der
Räumung des im klägerischen Hause
innegehabten Zimmers per Tag 1 M.,
sowie auf vorläufig vollstreckbar zu er-
klärendes Urtheil gegen Sicherheits-
leistung, und ladet die Beklagte zur
mündlichen Verhandlung des Rechts-
streits vor die III. Civilkammer des
Großh. Landgerichts zu Mannheim am
Dienstag den 22. April 1890,
Vormittags 8 1/2 Uhr,
mit der Aufforderung, einen bei dem
gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt
zu bestellen.
Zum Zweck der öffentlichen Zustellung
wird dieser Auszug der Klage bekannt
gemacht.
Mannheim, den 18. Februar 1890.
Dr. Gröbe,
Gerichtsschreiber des Gr. Landgerichts.

Landwirthschaftliche Lehranstalt Hochburg.

Der theoretische und praktische Obstbaukurs wird am Dienstag
den 8. April d. J. eröffnet. In denselben werden junge Leute aufgenommen,
welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt haben und einen guten Kenntniss be-
sitzen. Weniger bemittelten Schülern können folgende Vergünstigungen eingeräumt
werden:
1. Ertrag der Reifeobst von ihrer Heimath nach der Hochburg und zurück.
2. Theilweiser oder gänzlicher Nachlass der Verpflegungslohn und
3. Angemessene Arbeitsentlohnung.
Anmeldungen nimmt entgegen
Hochburg, 24. Februar 1890.

Der Vorstand:
P. Stoll.

C. 84.2.

Badischer Frauenverein. Hochschule.

Am 3. März beginnt ein neuer, achtwöchentlicher Hochschulkurs im
Gartenchloßchen dahier für Mädchen, welche das 15. Lebensjahr zurückgelegt
haben.
Der Unterricht umfaßt die Zubereitung einer einfachen Wittagskost,
einer besseren Wittagskost, sowie alle Arbeiten der Haushaltung. Jede
Theilnehmerin hat einen Tagesbetrag von 50 Pf. zu entrichten. Dafür wird
derselben, aus den zubereiteten Speisen, das Wittagessen, sowie ein Bier-
brot gereicht. Auswärtige Schülerinnen können Wohnung und Bekam-
mervorfahrt erhalten und zahlen hierfür täglich 1 M. 20 Pf. — Anmeldungen
werden baldigt in der Küche des Frauenvereins (Gartenchloßchen) erbeten, wo
auch jede weitere Auskunft erteilt wird.
Unbemittelten Schülern hiesiger Stadt können zur Ermöglichung der
Theilnahme an diesem Unterricht, aus städtischen Mitteln, Stipendien bewilligt
werden.
Karlsruhe, im Februar 1890. B. 730.4.
Der Vorstand der Abtheilung IV.

An der Kgl. Central-Cheirarzneischule

in München beginnt das nächste Sommersemester am 10. April d. J.
Nähere Aufschlüsse erteilt die Anstalts-Direction.
Der Königl. Direktor:
C. Hajn.

C. 114.

für vollkommen reinen Traubenwein

**Italienische, Spanische & Tyroler-
Weiss- und Rothweine, besonders
Chianti, Barletta & Veltliner,**
direkt ab Hoflieferer; deutsche Weißweine von 60 Pfa., Rothweine
von 70 Pfa. per Flasche, inclusive Glas, an; selbstgebranntes
Kirchen- und Zwetschgenwasser, Heidel- und Wachholderbeer-
geist, echten Jamaica-Rum offerirt billigst
Carl Otto jr. in Villingen, Baden.
Verkaufsstellen für Karlsruhe bei den Herren: Wilhelm
Wiesner, Marienstraße 9; Kaufmann Dörflinger, Waldstr. 45;
Carl Epp, Leopoldstr. 37; Ernst Schneider Nachfolger, Amalien-
straße 29. (H 6440 a) B. 76.21.

Behörden, Architekten und Bau-Unternehmen

stelle ich vollständige
elektrische Beleuchtungs-Apparate
für 4, 8, 10 und mehr Bogenlichter von beliebiger Lichtstärke leihweise
zur Verfügung. B. 560.5.
Heinrich Röth, Mannheim,
General-Vertreter von
Schuckert & Cie., Nürnberg.

Konkursverfahren.
C. 118. Nr. 11.035. Mannheim.
In dem Konkursverfahren über das
Vermögen des Händlers Peter Konrad
Schauf dahier ist Termin zur Ab-
nahme der Schlussrechnung des Ver-
walters auf:
Samstag, 15. März d. J.,
Vormittags 9 Uhr,
vor Gr. Amtsgericht II dahier be-
stimmte.
Mannheim, 24. Februar 1890.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Stall.

Vermögensabsonderungen.
C. 121. Nr. 2034. Karlsruhe. Die
Ehefrau des Kaufmanns Albrecht
Scheuermann, Emma, geborene
Venner dahier, vertreten durch Rechts-
anwalt Ludwig daselbst, klagt ge-
gen ihren genannten Ehemann mit dem
Antrag, sie für berechtigt zu erklären,
ihre Vermögen von dem ihres Ehe-
mannes abzufordern.
Termin zur Verhandlung des Rechts-
streits vor Großh. Landgericht dahier,
Civilkammer I, ist bestimmt auf
Dienstag den 18. Mai 1890,
Vormittags 8 1/2 Uhr.
Dies wird hiermit zur Kenntniss-
nahme der Gläubiger bekannt gemacht.
Karlsruhe, den 25. Februar 1890.
Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Landgerichts:
Sott.

C. 119. Nr. 10.473. Mannheim.
Durch Urtheil Großh. Amtsgerichts II
dahier vom 20. d. M. wurde die Ehe-
frau des Händlers Richard Franke,
Emilie, geb. Eng in Mannheim, über
dessen Vermögen das Konkursverfahren
eröffnet ist, für berechtigt erklärt, ihr
Vermögen von demjenigen ihres Ehe-
mannes abzufordern.
Mannheim, 20. Februar 1890.
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Stall.

Aufforderung.
C. 87. Breisach. Gottfried Schin-
deler von Oberbergen, a. St. an un-
bekanntem Ort in Amerika abwesend,
ist zur Erbschaft seines am 19. No-
vember 1889 verstorbenen Großvaters
Wendelin Schindeler, Landwirth in Ober-
bergen, mitberufen und wird hiermit
aufgefordert,
binnen zwei Monaten
zum Zwecke des Verzichtes auf den Ver-
lassenschaftsverbanden Nachricht von
sich zu geben oder einen mit einer öffent-
lich beglaubigten Vollmacht versehenen
Bevollmächtigten dem unterzeichneten
Notar namhaft zu machen.
Breisach, den 26. Februar 1890.
Großh. Notar.
C. Gallus,
Erbvorbereitung.

C. 112. Engen. Am Nachlass der
am 26. Januar d. J. verstorben Land-
wirth Bruno Wodeller Ehefrau, Maria
Anna, geb. Rosenkohl in Hausen, ist
der Sohn Johann Wodeller, Bäcker,
erbberechtigt. Derselbe ist vor Jahren
nach Nordamerika ausgewandert und
dessen Aufenthaltsort unbekannt. Zur
Vermögensaufnahme und zu den Erb-
theilungsverhandlungen wird derselbe
mit Frist von 3 Monaten
mit dem Bemerkten vorgeladen, daß im

Fall seines Nichterscheinens die Erb-
schaft denen würde zugetheilt werden,
welchen sie zuläme, wenn der Vorge-
ladene zur Zeit des Erbanfalls nicht
mehr am Leben gewesen wäre.
Engen, den 27. Februar 1890.
Der Großh. Notar:
Schmidt.

Genossenschaftsregisterinträge.
C. 64. Forzheim. Zum Ge-
nossenschaftsregister Band I D. J. 47
wurde eingetragen: Firma Landwirth-
schaftlicher Konsumverein Tiefen-
brunn, eingetragene Genossenschaft
mit unbeschränkter Haftpflicht. In der
Generalversammlung vom 2. Februar
1890 wurden die Statuten dahin geän-
dert, in § 1, daß die Firma Landw.
Konsumverein und Abgabenverein Tiefen-
brunn, eingetragene Genossenschaft mit
unbeschränkter Haftpflicht lautet, sowie
§ 17, daß der Vorstand aus dem Di-
rektor, dem Rechner und zwei weiteren
Mitgliedern, von welchen eines als
Stellvertreter des Direktors zu bestellen
ist, besteht.
In der obengenannten Generalver-
sammlung wurde an Stelle des Albert
Henne jun. Karl Hörmann, wohnhaft
in Tiefenbrunn, als Vorstandsmitglied
gewählt.
Forzheim, 22. Februar 1890.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Sautier.

C. 65. Nr. 4292. Bruchsal. Zu
D. J. 13 des Genossenschaftsregisters,
"Landwirthschaftlicher Konsumverein
Jeuthern eingetragene Genos-
senschaft mit unbeschränkter Haft-
pflicht" wurde heute eingetragen:
Nach dem in der Generalversam-
lung vom 17. Februar 1890 beschlossenen
Statut führt die Genossenschaft die
Firma "Landwirthschaftlicher Konsum-
verein und Abgabenverein, eingetragene
Genossenschaft mit unbeschränkter Haft-
pflicht mit dem Sitze zu Jeuthern".
Gegenstand des Unternehmens ist
gemeinschaftlicher Einkauf von Ver-
brauchsgegenständen und Gegenständen des
landwirthschaftlichen Betriebs, sowie ge-
meinschaftlicher Verkauf landwirthsch.
Erzeugnisse; die von der Genossenschaft
ausgehenden öffentl. Bekanntmachungen
erfolgen unter der Firma der Genos-
senschaft, gezeichnet von zwei Vorstands-
mitgliedern; die von dem Aufsichtsrath
ausgehenden unter Benennung desselben,
von dessen Vorsitzenden unterzeichnet.
Die Bekanntmachungen haben im Land-
wirthschaftlichen Wochenblatt zu erfol-
gen. Das Geschäftsjahr fällt mit dem
Kalenderjahr zusammen.
Zu Vorstandsmitgliedern wurden ge-
wählt:

Mathias Schlichter, Vorstand,
Michael Weber, Stellvertreter,
Johann Adam Kneller, Kassier,
Theodor Schweizer, Vorstandsmit-
glied.
Alle in Jeuthern.
Bürgermeister Knäus in Jeuthern ist
aus dem Vorstand ausgeschieden.
Bruchsal, 24. Februar 1890.
Großh. bad. Amtsgericht.
Armbruster.

C. 93. Nr. 2233. Mosbach. Zu
D. J. 4 des Bandes II als Fortsetzung
zu D. J. 3 des Bandes I des Genos-
senschaftsregisters, betr. den Landwirth-
schaftlichen Konsumverein Nöber-
n, eingetragene Genossenschaft mit un-
beschränkter Haftpflicht, wurde heute ein-
getragen:
"Die Genossenschaft hat sich durch
Beschluss der Generalversammlung vom
9. d. M. aufgelöst.
Als Liquidatoren wurden die Vor-
standsmitglieder Christian Schmitt und
Franz Josef Schmitt von Nöber-
n bestellt.
Die Vertretung und Zeichnung der
Liquidationsfirma erfolgt durch beide
Liquidatoren."
Mosbach, den 24. Februar 1890.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Reib.

Strafrechtspflege.
Adung.
C. 99.2. Nr. 3313. Waldshut.
Der am 13. August 1864 zu Reckberg
geborene und zuletzt daselbst wohnhafte
August Weisberger, a. St. un-
bekanntem Aufenthaltsort, wird be-
schuldigt, als beurlaubter Reservist ohne Er-
laubnis ausgewandert zu sein. Uebertre-
tung gegen § 360 R. St. G. B. Der-
selbe wird auf Anordnung des Großh.
Amtsgerichts hier selbst auf
Freitag den 25. April 1890,
Vormittags 9 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht zu
Waldshut zur Hauptverhandlung ge-
laden.
Bei unentschiedenem Ausbleiben wird
derselbe auf Grund der nach § 472
St. P. O. von dem Kgl. Bezirkskom-
mando Donaueschingen ausgestellten Er-
klärung verurtheilt werden.
Waldshut, 14. Februar 1890.
Der Gerichtsschreiber
des Großh. bad. Amtsgerichts:
Tröndle.

C. 31.3. Nr. 2041. Breisach. Karl
Reinschmidt, 32 Jahre alter Schu-
macher von Niederschwarzbach, Amts-
Säckingen, zuletzt wohnhaft in Roth-
weil, und Karl Vinzenz Hänsler, 27
Jahre alter Dienstknecht, zu Säckingen
geboren und zuletzt dort wohnhaft, wer-
den beschuldigt, Ersterer als Wehrmann
der Landwehr, Letzterer als beurlaubter
Reservist ohne Erlaubnis aus-
gewandert zu sein, ohne von der bevor-
stehenden Anzeige erstattet zu haben.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3 des Straf-
gesetzbuchs. Dieselben werden auf An-
ordnung des Großh. Amtsgerichts hier-
selbst auf Donnerstag den 10. April
1890, Vormittags 8 Uhr, vor das
Großh. Schöffengericht Breisach zur
Hauptverhandlung geladen. Bei unent-
schiedenem Ausbleiben werden dieselben
auf Grund der nach § 472 der Straf-
prozessordnung von dem Königl. Bezirks-
kommando zu Freiburg ausgestellten
Erklärung verurtheilt werden. Brei-
sach, 12. Februar 1890. Der Gerichtss-
chreiber Gr. Amtsgerichts: Weiser.
B. 975.3. Ettenheim.

1. Der am 28. September 1865 zu
Altdorf geborene Sattler Land-
olin von Türkheim, zuletzt in
Wahlberg,
2. der am 3. September 1859 zu
Wahlberg geborene Barbier Lo-
renz Kopf, zuletzt ebenda,
werden beschuldigt, zu Nr. 1 als beurlaubter
Reservist ohne Erlaubnis ausgewandert
zu sein.
Uebertretung gegen § 360 Nr. 3
des Strafgesetzbuchs, bezw. § 11
des Reichsgesetzes betr. Aender-
ungen der Wehrpflicht vom 11.
Februar 1888.

Dieselben werden auf Anordnung des
Großh. Amtsgerichts hier selbst auf
Donnerstag, den 17. April 1890,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
vor das Großh. Schöffengericht zu
Ettenheim (Rathhaus) zur Haupt-
verhandlung geladen.
Bei unentschiedenem Ausbleiben wer-
den dieselben auf Grund der nach § 472
der Strafprozessordnung von dem Kgl.
Landwehr-Bezirkskommando zu Freis-
burg ausgestellten Erklärungen verur-
theilt werden.
Ettenheim, den 13. Februar 1890.
B. 1073.
Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts:
Vorladung.

C. 123. III. J. Nr. 310. Karlsruhe.
Wieder den Musketier im 3. Badischen
Infanterie-Regiment Nr. 111 Wilhelm
F. J. von Döflinger, Amt Säckingen,
ist der furchliche Desertionsvorwurf er-
öffnet worden. Derselbe wird hierdurch
aufgefordert, sich innerhalb drei Mo-
naten, spätestens aber in dem auf
Samstag den 21. Juni l. J.,
Vormittags 10 Uhr
im hiesigen Kommandantur-Gerichtssitzal
(Militärarresthaus) abzurufen. Termin
zu stellen, widrigenfalls er nach
Abschluss der Untersuchung im Abwesen-
heitsverfahren für fahnenflüchtig erklärt
und in eine Geldstrafe von 150 000
Mark verurtheilt werden wird.
Karlsruhe, den 1. März 1890.
Königl. Kommandantur-Gericht.

C. 122. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Karl Klein in Karlsruhe hat um
die Erlaubnis nachgesucht, den Familien-
namen der am 27. September 1883 da-
hier geborenen Bräutlerin Selma Meyer
in "Klein" umändern zu dürfen.
Ermöglicht dieses Gesuch sind binnen
drei Wochen dahier einzurichten.
Karlsruhe, den 28. Februar 1890.
Ministerium
der Justiz, des Kultus und Unterrichts.
Koll
Gildenbrand.

C. 117. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
Die theologische Vorprüfung im
Frühjahr 1890 betr.
Die im Frühjahr d. J. abgelaufenen
theologische Vorprüfung der ev. Pfarr-
kandidaten wird
Dienstag den 15. April,
Vormittags 8 Uhr,
beginnen.
Dieselbe erstreckt sich auf die in § 9
der Prüfungsordnung vom 6. April
1887 bezeichneten Gegenstände: Geschichte
der Pölytophie, alt- und neutestament-
liche Exegese, Einleitung in das Alte
und Neue Testament, biblische Theolo-
gie, Kirchengeschichte, Dogmengeschichte,
Dogmatik, Symbolik, Ethik.
Die Gesuche um Zulassung zur theo-
logischen Vorprüfung sind unmittelbar
an den Ev. Oberkirchenrath, und zwar
spätestens bis 26. März d. J. einzu-
reichen.
Denselben sind diejenigen Urkunden
und Nachweise beizulegen, welche in
§ 7 obiger Prüfungsordnung näher be-
zeichnet sind.
Karlsruhe, den 11. Februar 1890.
Evangelischer Oberkirchenrath.
v. Stöffer.
Abel

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)